

Entschließungsantrag

der SPD-Fraktion

der Fraktion DIE LINKE

zum Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Gesundheitsmonitoring am BER ausweiten und sofort beginnen – DS 5/4208

Der Landtag möge beschließen:

Lärmschutz zügig umsetzen und durch Gesundheitsmonitoring begleiten

Das Anliegen der Landespolitik ist es, einen zukunftsfähigen Flughafen Berlin-Brandenburg zu entwickeln, der Steuereinnahmen, Wirtschaftswachstum und Arbeitsplätze in der Region aktivieren hilft und wo die berechtigten Interessen der Anwohner unterstützt werden. Für die vom Betrieb des Flughafens ausgehenden Belastungen für die direkten Anwohner muss ein gerechter Ausgleich gefunden werden. Deswegen wird der Landtag alle Bemühungen unterstützen, die einen solchen Ausgleich herbeiführen. Das „Bündnis am Boden“, das mit dem Dialogforum und dem Bürgerdialog umgesetzt wurde und wird, soll zukünftig noch intensiver genutzt werden, um Konflikte des Umfelds mit dem Flughafen schnell und effektiv zu lösen.

- Der Landtag sieht im Gesundheitsmonitoring eine wichtige Maßnahme, mit der mittel- und langfristig zusätzliche Daten und Erkenntnisse über die Folgewirkungen von Fluglärm ausgewertet bzw. gewonnen werden können.
- Der Landtag unterstützt, dass in die Konzipierung des Gesundheitsmonitorings die Ergebnisse einer Anhörung von Experten eingeflossen sind.
- Der Landtag verweist darauf, dass das Modul 1, „Lärmbelästigung und Lebensqualität“, an dem der Flughafen Berlin-Brandenburg als einer von drei Vergleichsflughäfen teilnimmt, Bestandteil der Frankfurter Lärmschutzstudie ist.
- Der Landtag unterstützt die Herangehensweise der Landesregierung, dass das Modul 2 „Erkenntnisse aufgrund von Erkrankungsdaten der Bevölkerung“ aus der Studie Frankfurt/Main für den Flughafen Berlin-Brandenburg nutzbar gemacht wird. Das Modul 3 „Auswirkungen chronischer Fluglärmbelastung auf kognitive Leistungen und Lebensqualität bei Grundschulkindern“ im Umfeld des Flughafens Berlin

Datum des Eingangs: 08.11.2011 / Ausgegeben: 08.11.2011

Brandenburg soll umgesetzt werden. Berlin wird aufgefordert sich an der Untersuchung zu beteiligen.

- Die Landesregierung wird gebeten, den Landtag zeitnah und regelmäßig über Ergebnisse der Studien zu informieren und notwendige Schlussfolgerungen vorzuschlagen bzw. umzusetzen.

Begründung:

Für den Flughafen Berlin-Brandenburg wird derzeit ein begleitendes Gesundheitsmonitoring vorbereitet. Der Flughafen Berlin-Brandenburg ist zum einen als Vergleichsflughafen in Untersuchungen eingebettet, die vom Forum Flughafen in Frankfurt/Main in Auftrag gegeben worden sind.

In einem weiteren Modul des Gesundheitsmonitorings lassen sich Erkenntnisse aus Frankfurt/Main auf die Region um den Flughafen Berlin-Brandenburg übertragen. Insofern kann gewährleistet werden, dass wissenschaftlich gesicherte Daten nutzbar gemacht werden, und wo erforderlich zusätzliche Maßnahmen des aktiven und passiven Lärmschutzes ergriffen werden können.

Unter Verantwortung des Ministeriums für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz des Landes Brandenburg wird das Modul „Auswirkungen chronischer Fluglärmbelastung auf kognitive Leistungen und Lebensqualität bei Grundschulkindern“ durchgeführt. Dies eröffnet die Möglichkeit, ein sehr transparentes Verfahren zu wählen und die Mitwirkung Betroffener sicherzustellen.

Ralf Holzschuher
für die Fraktion der SPD

Kerstin Kaiser
für die Fraktion DIE LINKE.